GRUPPE 800 AKTUELL

Olympia im Reich der Mitte: Menschenrechtsverletzungen zu tosendem Applaus

Im Sommer 2008 wird China nach Jahrtausenden der Selbstisolation und nicht einmal einem Jahrhundert auf der Weltbühne endgültig den Anschluss an den Rest der Welt vollziehen. Während es wirtschaftlich schon lange eine Großmacht ist – immerhin ist das Land bereits der viertgrößte Wirtschaftsraum der Welt – liegt es in Menschenrechtsfragen weit hinter vergleichbaren Staaten wie Indien oder den asiatischen "Tigerstaaten". Denn auch wenn sich das offiziell kommunistische Einparteiensystem einen ideologisch bizarren marktwirtschaftlichen Anstrich gibt, ist das Land nach wie vor eine Diktatur. Unvergessen sind die Bilder vom Tienamen-Platz, die sich 2009 zum 20. Mal jähren. Solche Bilder wird es während der Olympischen Spiele nicht im Fernsehen geben, aber es ist davon auszuge-



hen, dass die chinesische Führung alles unternehmen wird, um zu vermeiden, dass das Großereignis zur Bühne für Dissidenten wird. Dies hat im Vorfeld der Spiele bereits zu massiven Repressionen gegen buddhistische Mönche im besetzten Tibet geführt. Vor religiösen Bewegungen hat die chinesische Führung offenbar besonders viel Angst: Egal, ob Christen, Moslems oder Juden, organisierte Religion ist ständigen Repressalien ausgesetzt. Besonders schlimm erwischt es Anhänger der Falun-Gong-Sekte, einer neuen Religion, die aus den Lehren des Qigong hervorgegangen ist. Seit 1999 ist Falun Gong im Zuge der Verfolgung religiöser Gruppen in der Volksrepublik China verboten. Falun-Gong-Anhänger leiden in der Volksrepublik China unter massiven Repressionen. Auch eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen werden im Zusammenhang mit der Verfolgung beklagt. In China wurden bis jetzt über 100 000 Falun-Gong-Praktizierende in Arbeitslagern, Straflagern und psychiatrischen Anstalten inhaftiert. Es ist in zahlreichen Fällen von Folterungen berichtet worden. 2920 Todesfälle durch Folter sind dokumentiert. nach Schätzungen könnten es tatsächlich über 7000 Tote sein.

Staatlicher Organhandel?

Besonders schwer sind jene Vorwürfe, die illegale Organentnahmen zum Thema haben. Laut Angaben der Sekte soll es insgesamt 36 Vernichtungslager geben, in denen Gefangenen Organe teilweise bei lebendigem Leib entnommen werden. Es gibt auch unabhängige Berichte über diese Praktiken: David Kilgour, ein ehemaliger kanadischer Staatssekretär im Außenministerium, und David Matas, ein kanadischer Rechtsanwalt, schließen aus der großen Anzahl in China angebotener Spenderorgane und wegen der kaum vorhandenen Bereitschaft in China, sich freiwillig Organe entnehmen zu lassen, auf einen widerrechtlichen Weg zur Beschaffung selbiger. In zwei Berichten vom Juli 2006 bzw. Jänner 2007 behaupten beide Autoren, dass Falun-Gong-Mitglieder gezielt - und natürlich ohne Gerichtsverfahren - verhaftet und getötet würden, um ihnen anschließend Organe zu entnehmen. Der UN-Sonderberichterstatter Manfred Nowak bestätigte in seinem Folterbericht 2006 diese Behauptungen.

Verfolgt wird, wer sich nicht total unterordnet

Nicht nur Falun Gong wird verfolgt. Im Jahresbericht von amnesty international 2007 steht zu lesen: "Im Berichtszeitraum war eine Zunahme an Repressalien, Inhaftierungen und Gefängnisstrafen, die sich gegen Rechtsanwälte und Journalisten richteten, zu verzeichnen. Tausende von Personen, die ihren Glauben fernab der staatlich zugelassenen Kirchen praktizierten, sahen sich Schikanen ausgesetzt. Viele von ihnen wurden in Haft genommen oder zu Freiheitsstrafen verurteilt. Abermals verhängten und vollstreckten die Behörden im Berichtsiahr mehrere tausend Todesurteile. Wanderarbeitern aus den ländlichen Gebieten wurden ihre Grundrechte vorenthalten. Die Volksgruppe der Uiguren war in Xinjiang weiterhin massiven Repressionen seitens der Behörden ausgesetzt, ebenso wurden in Tibet und anderen tibetischen Siedlungsgebieten die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit nach wie vor in gravierender Weise beschnitten. [...]

Wanderarbeiter, die aus ländlichen Regionen in die Städte strömen, sind einer Vielzahl von Diskriminierungen ausgesetzt. Ungeachtet der Beteuerungen der Behörden, sich dieses Problems anzunehmen, warten Millionen von Wanderarbeitern weiterhin auf die Auszahlung ausstehender Löhne. Den weitaus meis-

ten von ihnen ist der Zugang zu verschiedenen Formen der solidarischen Krankenversicherung, wie sie der städtischen Bevölkerung offensteht, verwehrt. Eine private Krankenversicherung können sie sich hingegen nicht leisten. Ebenso hat nur ein geringer Teil der Kinder von Wanderarbeitern die Möglichkeit, eine öffentliche Schule zu besuchen. Unter anderem wegen fehlender Schulen konnten schätzungsweise 20 Millionen Kinder, die im Schulalter waren, nicht zusammen mit ihren Eltern in der Stadt leben.

Die Pekinger Stadtbehörden schlossen im September 2006 Dutzende von privat organisierten Schulen für Kinder von Wanderarbeitern, wovon Tausende von Schülern betroffen waren. Die Behörden gaben vor, lediglich nicht registrierte Schulen und solche mit ungenügendem Bildungsstandard seien davon betroffen gewesen; gleichzeitig war es für Schulen, die auf Privatinitiative für Kinder von Wanderarbeitern gegründet wurden, aufgrund zahlreicher bürokratischer Hindernisse nahezu unmöglich, sich registrieren zu lassen."

ai-Kampagne zu den Olympischen Spielen 2008 in Peking

Bei der Vergabe für die Olympischen Sommerspiele betonten die chinesische Regierung und das Internationale Olympische Komitee, dass die Spiele die Menschenrechtssituation in China verbessern würden. Wir erinnern die Regierung an dieses Versprechen! Helfen Sie mit!

Ab Mitte April können Sie bei uns ein Aktionspaket bestellen mit Ideen und Anleitungen, um selber aktiv zu werden: material@info.at oder 01/78008

Die Spiele 2008

1,5 bis 2 Milliarden Menschen werden am 8. August gerührt den Einzug der Athleten ins neue, spektakuläre Nationalstadion in Peking sehen – sehr viele davon auf extra für das Ereignis gekauften großen Flachbildfernsehern. Vielleicht sollte man eine Sekunde die Sinne nicht vom Farb- und Musikspektakel betäuben lassen und daran denken, dass diese sehr wahrscheinlich von rechtelosen Kinderhänden zusammengebaut wurden. Deren Situation wird sich auch durch tosenden Applaus für die Athleten nicht im Geringsten verbessern.

Paul Frühauf

Menschenrechtsverletzungen passieren weltweit, Tag für Tag, jetzt, in dieser Sekunde!

Jahresrückblick 2007

Kaum eine Region bleibt verschont, das zeigt eine Auswahl jener Länder, deren öffentliche Stellen im Jahr 2007 Briefe und Petitionen von uns erhalten haben:

Aserbaidschan, Bangladesch, Bosnien, Brasilien, Dominikanische Republik, Eritrea, Ghana, Guatemala, Indien, Indonesien, Iran, Japan, Kolumbien, Kongo, Kroatien, Marokko, Mexiko, Myanmar, Nepal, Niger, Nigeria, Pakistan, Peru, Ruanda, Sambia, Saudi-Arabien, Simbabwe, Slowakei, Slowenien, Sri Lanka, Südafrika, Sudan, Swasiland, Syrien, Tansania, Türkei, Uganda, USA, Vietnam ...

Wir – das sind 15 ehrenamtliche Gruppenmitglieder – trafen uns exakt 14-mal, um unsere Aktionen und Inhaltliches zu besprechen. Die Themen, über die wir u. a. bei unseren Infoständen, Schulvorträgen oder Radiosendungen in Linz informierten und für die wir Unterschriften gesammelt haben, waren wie immer vielfältig.

Unsere Schwerpunkte und Aktionen

Diamantenhandel

Bewaffnete Konflikte werden nicht selten durch Diamantenhandel finanziert. ai hat den Zusammenhang von Diamantenhandel, Waffentransfers und Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt. Wir haben Juweliergeschäfte in Linz und Umgebung besucht, um zu informieren und die Juweliere aufzufordern, nur Diamanten mit dem Garantiezertifikat des internationalen Diamantenhandels zu übernehmen. Ein Nachweis, der belegt, dass die verkauften Diamanten nicht mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen.

Steinigung im Iran

Der Iran hat 2002 zugesagt, keine Menschen mehr zu steinigen, trotzdem hat es weiter Hinrichtungen dieser Art gegeben. Der Tod durch Steinigung wird bei Ehebruch verhängt; Zeugenaussagen einer Frau gelten nur, wenn zwei Männer diese bestätigen.

Todesstrafe

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist eines der Kernziele von ai. Weltweit sitzen derzeit ca. 20000 Menschen im Todestrakt. Unsere Gruppe macht traditionell dazu um den Tag der Todesstrafe (10. Oktober) einen Infostand. Wir konnten an diesem Tag 720 Unterschriften (!) sammeln. ai hat die Resolution der UN-Generalversammlung für einen weltweiten Hinrichtungsstopp sehr begrüßt. Die Resolution der Generalversammlung ist zwar nicht bindend, hat aber großes moralisches und politisches Gewicht. Eine breite Staatenkoalition aus allen Erdteilen hatte die Resolution eingebracht und wurde dabei von der Europäischen Union sowie durch ai, die Weltkoalition gegen die Todesstrafe und andere Organisationen unterstützt.

Roma in der Slowakei – keine Chance auf Bildung

Viele Roma-Kinder kommen automatisch in eine Sonderschule für geistig behinderte und lernschwache Schüler/-innen oder werden in eine "Roma-Schule" mit vereinfachtem Lehrplan abgeschoben. Diese Ausgrenzung vom Bildungswesen verstärkt Armut und Perspektivlosigkeit. ai fordert die EU auf, die Slowakei technisch und finanziell zu unterstützen und die Roma-Gemeinschaft in Entscheidungen einzubinden.

Forum Asyl (eine Initiative von ai, Asylkoordination, Caritas, Diakonie, Verein Integrationshaus, Österr. Rotes Kreuz und Volkshilfe): Flucht ist kein Verbrechen

Das Ziel: die Änderung der Schubhaftpraxis Die neuen Bestimmungen des Fremdenpolizeigesetzes, seit 2006 in Kraft, erlauben schon in einem sehr frühen Stadium des Verfahrens, in Österreich schutzsuchende Menschen unabhängig von Alter, psychischer Verfassung und Familienbindung unmittelbar nach Stellung eines Asylantrages in Schubhaft zu nehmen und oft monatelang festzuhalten. Diese Praxis und die schlechten Bedingungen in der Schubhaft wurden auch international kritisiert, aktuell im November 2007 vom UNO-Menschenrechtsausschuss.

Türkei – Folter, "Verschwindenlassen" und Tötungen bleiben straflos

Trotz Verbesserungen in der türkischen Gesetzgebung und einer "Nulltoleranz für Folter"-Erklärung werden die Verantwortlichen, oft Polizei und Gendarmerie, noch nicht zur Rechenschaft gezogen. Sicherheitskräfte genießen einen höheren Schutz als die Opfer. ai fordert die Einrichtung einer unabhängigen Institution, die solche Fälle untersucht.

Aktionen

unserer Studenten/-innengruppe

- Infostand in der Mensa der KHG
- Die Besucher/-innen der Hauptmensa erhalten ein Oster-ai unter dem Motto "Menschenrechte sind zerbrechlich".
- Gestaltung von fünf Radiosendungen mit den Themen "Gleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt", "Armut – Recht auf



- Grundsicherung?", "Pressefreiheit, Schwerpunkt: Russland", "9/11 Menschenrechte trotz terroristischer Bedrohung" und "Internationaler Menschenrechtstag Wir schauen hin, wo andere wegschauen"
- Unsere ai-Staffel erreicht beim Wien-Marathon den sensationellen 13. Platz von 1054 Teams.



Organisatorisches

Unser finanzielles Standbein sind unsere Förderer/-innen und unsere beiden Bücherflohmärkte im Frühling und Herbst. Um bei der sehr komplexen Materie der Menschenrechtsarbeit mithalten zu können, bilden wir uns in der ai-academy weiter, um zum Beispiel mehr über das Thema Armut und Menschenrechte zu erfahren und um dieses auch bei unseren Infoständen oder Schulvorträgen besser vermitteln zu können.

Wichtig ist für uns immer auch das Hinausgehen, der Austausch mit anderen ai-Mitstreitern/-innen, mitzudiskutieren und mitzubestimmen. Die oö. Regionaltagung und das traditionsreiche Seminar "Retzhof" in der Südsteiermark lassen wir nie aus. Ein Muss ist auch die Mitgliederversammlung. Manche Gruppenmitglieder haben noch Funktionen außerhalb der Gruppe (Entwicklungsteam OÖ, Mitgliederversammlungskommission, Schiedsgericht), sind z. B. im "Arbeitskreis International" aktiv oder engagieren sich noch zusätzlich in der **Studenten/-innengruppe.**

Ein arbeitsreiches Jahr liegt also hinter uns und eine Menge Arbeit wieder vor uns. Wenn Sie diesen Artikel lesen, wissen Sie möglicherweise schon mehr über Menschenrechtsverletzungen in China, das durch die Olympischen Spiele in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt und dadurch klarerweise unser Schwerpunkt im Jahr 2008 ist. Aber trotz und gerade wegen der Konzentration des öffentlichen Interesses auf dieses Ereignis werden wir auch alle anderen nicht vergessen, die dringend unsere Briefe oder Unterschriften brauchen – in der Hoffnung, dass die Liste der Regionen mit Menschenrechtsverletzungen kürzer wird.

Sylvia Pumberger

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – das Ideal einer menschenwürdigen Welt

Am 10. Dezember 1948 unterzeichneten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und legten damit den Grundstein des internationalen Menschenrechtsschutzes. Bis dahin ging man davon aus, dass nationale Verfassungsgarantien ausreichen, um den/die (Staats-)Bürger/-in vor Willkür, Folter und grausamer Behandlung zu schützen. Der Zweite Weltkrieg belehrte die Welt aufs Brutalste vom Gegenteil. Vor diesem Hintergrund verabschiedeten die UN einen Gegenentwurf, das Bild einer menschenwürdigen Welt, aufgebaut auf der Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

Dieser Leitgedanke wurde in 30 Artikeln näher beschrieben: als Freiheitsrechte (Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Eigentumsfreiheit), als Schutzgarantien (Recht auf Leben. Verbot von Sklaverei und Folter. Verbot willkürlicher Festnahmen), als soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte (Recht auf Nahrung, Gesundheit und Bildung). Damit wurde erstmalig und für lange Zeit auch einmalig ein umfassendes Menschenrechtskonzept niedergelegt, wie es während der



Die UN-Vollversammlung verabschiedet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Spannungen zwischen den Blöcken des Kalten Krieges über Jahrzehnte nicht mehr mög-

Dennoch entfaltete die AEMR als Bezugsrahmen für zahlreiche weitere auf bestimmte Themen und/oder Regionen beschränkte Menschenrechtsdokumente eine hohe Wirkkraft und hat zumindest in Teilen heute selbst (völker-)rechtlich verbindlichen Charakter.

UN-Logo für Menschenrechte

Trotzdem entspricht die Welt auch 60 Jahre später nicht ihrem in der AEMR formulierten Ideal (siehe z. B. nebenstehenden Artikel von Sylvia Pumberger mit einigen Blitzlichtern aus den Recherchen von ai). So fordert uns die Präambel der AEMR weiterhin auf, dass "jeder Einzelne [dieses gemeinsam zu erreichende Ideal] stets gegenwärtig halte und sich bemühe, die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und ihre Verwirklichung zu gewährleisten." Die weltweit 1,8 Mio. Mitglieder von ai stellen sich dieser Herausforderung, in der AEMR haben sie ihre Vision und Arbeitsgrundlage.

Mag.^a Brigitte Egartner

www.amnesty-linz.at

RADIOSENDUNG über die MENSCHENRECHTE

Sender und Sendezeiten:

Freies Radio OÖ (FRO) auf 105,0 MHz (Großraum Linz) bzw. Liwest-/Wag-Kabel auf 95,6 MHz (zwischen Linz, Wels, Steyr) bzw. www.fro.at/Live Stream Jeden zweiten Montag im Monat von 19 bis 20 Uhr Wiederholung jeden zweiten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr

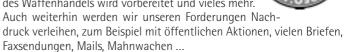
Freies Radio Freistadt (FRF) auf 107,1 MHz: Jeden dritten Montag im Monat von 16 bis 17 Uhr im Jugendprogramm

Archiv: cba.fro.at und www.frf.at und www.amnesty-linz.at

Fragen zur Arbeit der Gruppe 8 bzw. Anregungen: E-Mail interessentinnen@amnesty-linz.at

Liebe Förderinnen und Förderer, liebe Spenderinnen und Spender!

Dank Ihrer finanziellen Unterstützung konnten wir auch 2007 in vielen Fällen die Einhaltung der Menschenrechte verwirklichen: Unschuldig Inhaftierte wurden freigelassen, die Todesstrafe wurde in mehreren Staaten abgeschafft, die weltweite Kontrolle des Waffenhandels wird vorbereitet und vieles mehr.



Unsere Arbeit wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Daher hoffen wir auch in diesem Jahr wieder auf Ihren Beitrag! Das Spendengütesiegel garantiert Ihnen die widmungsgemäße Verwendung Ihrer Zuwendungen. Ein herzliches Dankeschön!

DI Ulrike Neunteufel, Kassierin der Gruppe 8

action & news/intern, Nr. 3/2008, Herausgeber und Medieninhaber (Verleger): amnesty international Österreich; Redaktion: Bernhard Kastl, Gruppe 8; DVR 0460028 Verlagspostamt: 1150 Wien, Aufgabepostamt: 4053 Haid, P.b.b., Zul.-Nr. GZ 02Z 031 254 M

> Gruppe 8 4040 Linz, Mühlkreisbahnstraße 7

Telefon 072 27/4072 E-Mail: interessentinnen@amnesty-linz.at www.amnestv-linz.at



